

THOMAS RICHTER

Parteiautonomie
im Internationalen
Immateralgüterrecht

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

375

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

375

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Holger Fleischer und Reinhard Zimmermann



Thomas Richter

Parteiautonomie im Internationalen Immateriälgüterrecht

Eine rechtsvergleichende Untersuchung
de lege lata und *de lege ferenda*

Mohr Siebeck

Thomas Richter, geboren 1985; Studium der Rechtswissenschaften an der Bucerius Law School, Hamburg; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Internationales Privat- und Handelsrecht und Rechtsvergleichung an der Bucerius Law School; Master of Laws an der Boston University School of Law; Referendariat am Hanseatischen Oberlandesgericht; seit 2016 Rechtsanwalt in Hamburg.

e-ISBN PDF 978-3-16-155052-2

ISBN 978-3-16-154981-6

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2017 Mohr Siebeck, Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädele in Nehren gebunden.

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Frühjahrstrimester 2016 von der Bucerius Law School in Hamburg als Dissertation angenommen. Die mündliche Prüfung fand am 26. Mai 2016 in Hamburg statt. Literatur und Rechtsprechung konnten bis Dezember 2015 ausgewertet werden.

Danken möchte ich zuvorderst meinem Lehrer Professor Dr. Karsten Thorn für die wertvollen Anregungen und seine Diskussionsbereitschaft bei der Anfertigung der Arbeit. Meine Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Promotionsstudent an seinem Lehrstuhl an der Bucerius Law School war fachlich und persönlich äußerst bereichernd und ich werde sie in bester Erinnerung behalten. Für die Unterstützung und Förderung meiner Arbeit bin ich sehr dankbar. Professor Dr. Dana Beldiman gilt mein Dank für die Erstellung des Zweitgutachtens.

Dr. Mathäus Mogendorf und Dr. Klaus-Joachim Schmatjko danke ich für ihre Auseinandersetzung mit meiner Arbeit und ihre unzähligen wertvollen Anregungen. Besonders danken möchte ich auch Felix Blank für seine umfassende Unterstützung.

Ferner gilt mein Dank der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, die die Entstehung dieser Arbeit durch ein Promotionsstipendium mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert hat.

Mein größter Dank gebührt meinen Eltern Michaela und Bernd Richter, denen ich diese Arbeit widme. Sie haben mich stets bei all meinen Vorhaben vorbehaltlos und liebevoll unterstützt und die Erstellung dieser Arbeit ermöglicht.

Hamburg, Januar 2017

Thomas Richter

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis.....	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Einführung.....	1
Teil 1: Grundlagen.....	7
§ 1 Internationales Immaterialgüterrecht.....	7
§ 2 Parteiautonomie	46
Teil 2: Immaterialgüterrechtsverletzungen und Rechtsfolgen.....	75
§ 3 Vorüberlegungen	75
§ 4 Rechtslage <i>de lege lata</i>	87
§ 5 Modellgesetze.....	196
§ 6 Leitlinien für eine Konzeption <i>de lege ferenda</i>	210
Teil 3: Verträge über Immaterialgüterrechte	273
§ 7 Vorüberlegungen	273
§ 8 Rechtslage <i>de lege lata</i>	280
§ 9 Modellgesetze.....	356
§ 10 Leitlinien für eine Konzeption <i>de lege ferenda</i>	367
Zusammenfassung und abschließende Würdigung.....	385
Literaturverzeichnis.....	391
Entscheidungsverzeichnis.....	419
Sachverzeichnis.....	427

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Einführung.....	1
A. Gegenstand der Arbeit	1
B. Gang der Untersuchung	5
Teil 1: Grundlagen	7
§ 1 Internationales Immaterialgüterrecht	7
A. Geistiges Eigentum und Immaterialgüterrecht.....	7
I. Völkerrechtliche Grundlagen	7
II. Sachrechtliche Definitionen	10
1. Begriffsbestimmung in Deutschland	10
2. Verständnis des „geistigen Eigentums“ in der Schweiz	12
3. <i>Intellectual property</i> in den USA	13
III. Wesensmerkmale immaterieller Rechtspositionen	16
1. Unkörperlichkeit und Ubiquität	16
2. Immaterielle Güter als <i>public goods</i> : Die Notwendigkeit rechtlicher Zuweisung	16
3. Ausschließliche Rechte (Absolutheit)	18
4. Sozialbindung: Exklusivität und Gemeinnutzen?	19
5. <i>Numerus clausus</i>	20
6. Publizität	20
7. Subjektive, private Rechte	21
8. Zwischenergebnis	21
IV. Autonome kollisionsrechtliche Begriffsbildungen	22
1. Das europäische Kollisionsrecht	22
2. Weite Begriffsbildung in der Schweiz	25
3. Zwischenergebnis	27

B.	Grundprinzipien des Internationalen Immaterialgüterrechts	28
I.	Das Territorialitätsprinzip	28
1.	Definition und Herkunft	28
2.	Sachlich-räumliche Wirkung als Prinzip des Sachrechts	30
3.	Prozessuale Bedeutung	31
II.	Das Schutzlandprinzip	32
1.	Definition und Zusammenhang mit dem Territorialitätsprinzip.....	32
2.	Das Schutzlandprinzip als völkerrechtliche Kollisionsnorm?	34
a)	Ausgangssituation	34
b)	Kollisionsrechtlicher Gehalt der Übereinkommen	35
c)	Rein fremdenrechtliches Verständnis	36
d)	Stellungnahme.....	37
III.	Rechtfertigung von Territorialitäts- und Schutzlandprinzip.....	40
1.	Souveränitätserwägungen	40
2.	Politische Interessen des Schutzlandes	42
a)	Wirtschaftspolitische Interessen	42
b)	Sozial- und kulturpolitische Interessen	43
c)	Verkehrsschutz.....	44
IV.	Zwischenergebnis	45
§ 2	Parteiautonomie	46
A.	Parteiautonomie als Grundprinzip des internationalen Vertragsrechts.....	46
I.	Definition, Ursprung und Verbreitung	46
II.	Anerkennung als Anknüpfungsprinzip	48
B.	Ausdehnung auf weitere Bereiche des Kollisionsrechts	49
C.	Rechtfertigungsansätze	51
I.	„Äußere“ Legitimation.....	51
II.	Naturrechtliche („innere“) Rechtfertigung	51
III.	Primärrechtliche Absicherung der Parteiautonomie	53
1.	Absicherung durch die Unionsgrundrechte	53
a)	Überprüfung des europäischen Kollisionsrechts nur am Maßstab der EU-Grundrechte	53
b)	Vertragsfreiheit als in der Europäischen Union gewährtes Grundrecht	54
(1)	Quellenpluralismus der EU-Grundrechte	54
(2)	Verwurzelung in den Verfassungstraditionen der Mitgliedstaaten	54
(3)	Fortführung in der EU-Grundrechtecharta	55
(4)	Auffangfunktion der Allgemeinen Handlungsfreiheit hinsichtlich privaten Handelns	55

(5) Schutz durch die EMRK	56
(6) Zwischenergebnis	56
c) Schutz der Parteiautonomie nach dem Grundgesetz	57
d) Grundrechtliche Absicherung der Parteiautonomie auch auf Unionsebene?	59
e) Absicherung auch außerhalb des Internationalen Vertragsrechts	60
2. Absicherung durch die Grundfreiheiten	60
a) Die Bindung der Europäischen Union durch die Grundfreiheiten	61
b) Gebot zur Gewährung von Parteiautonomie im Internationalen Vertragsrecht?	61
(1) Keine kollisionsrechtliche Relevanz	61
(2) Gebot zur Anwendung des Rechts des Herkunftslandes und favor offerentis	62
(3) Gebot freier Rechtswahl	63
(4) Stellungnahme	63
c) Ausdehnung des Gebots auf Immaterialgüterrechts- verletzungen?	66
3. Zwischenergebnis	68
D. Grenzen der Parteiautonomie	68
I. Begrenzung der wählbaren Rechte	69
II. Zusätzliche tatbestandliche Voraussetzungen	70
III. Beschränkung der Rechtswahl auf Teile eines Rechtsverhältnisses	70
IV. Völliger Ausschluss der Rechtswahl	70
V. <i>Ordre public</i> -Vorbehalt und Eingriffsnormen	71
VI. Binnen- und Binnenmarktsachverhalt	72
E. Bedeutung für die Untersuchung	72

Teil 2: Immaterialgüterrechtsverletzungen und Rechtsfolgen.....75

§ 3 Vorüberlegungen	75
A. Multi-State-Verstöße und ubiquitäre Verletzungen	75
I. Problemstellung	75
II. Beispielfall	76
III. Prozessuale Vorüberlegungen	77
IV. Kollisionsrechtliche Mosaikbetrachtung aufgrund des Schutzlandprinzips	79

V.	Einschränkungen des Schutzlandprinzips und alternative Anknüpfungsregeln.....	80
1.	In der Literatur diskutierte Lösungsmöglichkeiten.....	80
a)	Anknüpfung an den Handlungsort.....	81
b)	<i>Bogsch</i> -Theorie.....	81
c)	Anknüpfung an das Ursprungsland.....	82
d)	Kollisionsrechtliche <i>market impact rule</i>	82
e)	Heimatrecht des Rechtsinhabers.....	83
f)	<i>Substantive law method</i>	83
2.	Lösungsvorschläge in den Modellgesetzen.....	84
a)	ALI-Principles.....	84
b)	CLIP-Principles.....	85
B.	Parteiautonomie als kollisionsrechtlicher Lösungsansatz?.....	86
C.	Arten der Parteiautonomie.....	87
I.	Direkte Parteiautonomie.....	87
II.	Indirekte Parteiautonomie: Anknüpfung an ein gewähltes Sonderverbindungsstatut.....	87
III.	Schwindende Bedeutung weiterer Erscheinungsformen.....	88
§ 4	<i>Rechtslage de lege lata</i>	89
A.	Das Europäische Kollisionsrecht.....	89
I.	Grundsatz der <i>lex loci protectionis</i> nach Art. 8 Abs. 1 Rom II-VO.....	89
II.	Reichweite der Anknüpfung nach Art. 8 Rom II-VO.....	91
1.	Unklare Aussage der Verordnung und vertretenes Meinungsspektrum.....	91
a)	Ausschließlich Rechtsfolgen der Verletzung.....	91
b)	Bestand, Inhalt, Verletzung, Inhaberschaft und Übertragung des Rechts.....	91
c)	Erste Inhaberschaft und Bestand des Rechts als unselbstständige Teilfragen.....	92
d)	Vermittelnde Ansicht.....	93
2.	Stellungnahme.....	93
III.	Bedeutung völkerrechtlicher Übereinkommen.....	97
IV.	Bestimmung des Ortes der Verletzung erst auf sachrechtlicher Ebene.....	98
V.	Einräumung von Parteiautonomie.....	100
1.	Historische Betrachtung innerhalb der Europäischen Union.....	100
a)	Deutschland.....	100
b)	Österreich.....	104
c)	Belgien.....	106

d) Frankreich	109
e) Vereinigtes Königreich.....	112
f) Zwischenergebnis.....	118
2. Ausschluss von Parteiautonomie durch die Rom II-VO	118
a) Art. 8 Abs. 3 Rom II-VO.....	118
b) Art. 8 Abs. 1 Rom II-VO als starre Anknüpfungsnorm.....	119
c) Überblick über das Gesetzgebungsverfahren	120
3. Teleologische Reduktion bei unionsweit einheitlichen Rechten?	123
a) Ausgangssituation	124
(1) Unionsweit einheitliche Schutzrechte	125
(2) Verweisungen in den jeweiligen Rechtsakten	127
b) Verhältnis der jeweiligen Sonderkollisionsnormen zu Art. 8 Abs. 2 Rom II-VO.....	128
(1) Subsidiarität des Art. 8 Abs. 2 Rom II-VO.....	128
(2) Vorrang des Art. 8 Abs. 2 Rom II-VO	129
(3) Vermittelnder Ansatz	130
(4) Stellungnahme	132
c) Lösungsansätze für ubiquitäre und Multi-State- Verletzungen	133
d) Methodische Grundfragen der teleologischen Reduktion.....	136
e) Regelungszweck von Art. 8 Abs. 3 Rom II-VO: Wahrung des Territorialitätsprinzips	139
f) Keine Gefährdung der marktordnungsrechtlichen Funktion des Territorialitätsprinzips.....	140
g) Primärrechtskonforme Rechtsfortbildung wegen Verletzung der EU-Grundrechte	142
(1) Eingriff in die auch auf Unionsebene grundrechtlich geschützte Parteiautonomie	142
(2) Fehlschlagen der Rechtfertigung des Eingriffs	143
h) Primärrechtskonforme Rechtsfortbildung wegen Einschränkung der Grundfreiheiten	144
(1) Beschränkung durch Art. 8 Abs. 3 Rom II-VO und Rechtfertigungsmaßstab.....	145
(2) Fehlschlagen der Rechtfertigung der Beschränkung	146
i) Zwischenergebnis.....	148
j) Beschränkung der Rechtswahl auf das Recht eines Mitgliedstaates	148
4. Akzessorische Anknüpfung: Analoge Anwendung des Art. 4 Abs. 3 Rom II-VO?	150
VI. Ergebnis.....	151
B. Das schweizerische Kollisionsrecht	151

I.	Maßgeblichkeit des Schutzlandrechts	151
1.	Ausdrückliche Normierung des Internationalen Immaterialgüterrechts	151
2.	Abgrenzung von der <i>lex loci delicti commissi</i> : Maßgeb- lichkeit des Klägervortrages	153
II.	Gewährung von Parteiautonomie durch Art. 110 Abs. 2 schwIPRG	155
III.	Begrenzungen der Parteiautonomie	156
1.	Zeitliche Begrenzung auf eine nachträgliche Rechtswahl	156
2.	Begrenzung der wählbaren Rechtsordnungen	157
3.	Beschränkung der sachlichen Reichweite der Parteiautonomie	157
a)	Rechtswahl nur für vermögensrechtliche Ansprüche	157
b)	Erstreckung auf den Verletzungstatbestand	158
c)	Vollumfassende Rechtswahl	159
d)	Rechtswahl hinsichtlich der umfassend verstandenen Rechtsfolgen	160
e)	Stellungnahme	160
IV.	Akzessorische Anknüpfung über die Ausweichklausel des Art. 15 schwIPRG?	166
V.	Ergebnis	169
C.	Das Kollisionsrecht in den USA	169
I.	Struktur des Internationalen Privatrechts in den USA	169
II.	Geltung des Schutzlandprinzips	171
1.	Beschränkte Aussagekraft der <i>Restatements</i>	171
2.	Grundsätzlich territoriale Wirkung der bundesrechtlichen Immaterialgüterrechte	172
3.	Gründe für die beschränkte Aussagekraft des Restatement	174
4.	Geltung der <i>lex loci delicti commissi</i> im Sinne des Rechts des <i>protecting country</i>	175
a)	Die <i>Itar-Tass</i> -Entscheidung	175
(1)	Internationales Immaterialgüterrecht als <i>federal</i> <i>common law</i>	175
(2)	Konkretisierung von Anknüpfungsmomenten	177
b)	Bestätigung von <i>Itar-Tass</i> trotz Tendenz zur Extraterritorialität	182
(1)	Die Vorgehensweise im Ninth Circuit	183
(2)	Entscheidungen mit Bezug zu Kanada und Einbeziehung des Patentrechts	184
III.	Einräumung von Parteiautonomie	186
1.	Ermittlung einer bundesrechtlichen Kollisionsregel	186
2.	Das <i>Restatement (Second) Conflict of Laws</i>	186

3. Parteiautonomie im Internationalen Deliktsrecht von Oregon und Louisiana	187
4. Parteiautonomie durch extensive Auslegung von vertraglichen Rechtswahlklauseln.....	188
a) <i>Contractual intent</i> der Parteien im Internationalen Deliktsrecht.....	188
b) Korrektur über <i>contractual power</i> oder kodifiziertes Kollisionsrecht	189
c) Extensive Auslegung vertraglicher Rechtswahlklauseln auch bei Immaterialgüterrechtsverletzungen?	191
(1) <i>El Pollo Loco</i>	191
(2) <i>Phillips v. Audio Active Limited</i>	192
IV. Ergebnis.....	194
§ 5 <i>Modellgesetze</i>	196
A. <i>Principles on Conflict of Laws in Intellectual Property (CLIP-Principles)</i>	196
I. Entstehungsgeschichte, Zweck und Struktur	196
II. Anwendungsbereich.....	198
III. Konzeption der Parteiautonomie nach den CLIP-Principles	199
1. Grundsätzliche Lockerung des Schutzlandprinzips	199
2. Parteiautonomie für die Rechtsfolgen von Immaterialgüterrechtsverletzungen	200
a) Grundkonzeption.....	200
b) Beschränkung der Rechtswahl.....	201
c) Möglichkeit vertragsakzessorischer Anknüpfung	202
B. <i>Intellectual Property: Principles Governing Jurisdiction, Choice of Law and Judgments in Transnational Disputes (ALI-Principles)</i>	203
I. Entstehungsgeschichte und Zielsetzung	203
II. Anwendungsbereich.....	204
III. Konzeption der Parteiautonomie	205
1. Differenzierende Lösung für eine Grundanknüpfungsnorm	205
2. Beschränkung der Parteiautonomie ausschließlich durch Negativkatalog	206
C. Ergebnis.....	209
§ 6 <i>Leitlinien für eine Konzeption de lege ferenda</i>	210
A. Grundthese: Ersetzung der Schutzlandanknüpfung durch Parteiautonomie	210
B. Freie Rechtswahl für die Rechtsfolgen von Verletzungen	211

I.	Allgemeines und Definition des Begriffes der Rechtsfolgen	211
II.	Keine Gefährdung des Marktordnungsgedankens und der Rechte Dritter	213
	1. Keine originär immaterialgüterrechtliche Prägung der Rechtsfolgen.....	213
	2. Nähe zu Grundsätzen des allgemeinen Zivilrechts	216
III.	Keine notwendige Einheit aus Verletzungsfolgen und Inhalt/ Verletzung des Schutzrechts	218
IV.	Einheitliche Behandlung von vermögensrechtlichen und sonstigen Ansprüchen	222
V.	Dauerverletzung als Hindernis für Parteiautonomie?	224
VI.	Ins Leere zielende Rechtswahl?	225
VII.	Keine entgegenstehenden völkerrechtlichen Übereinkommen.....	227
VIII.	Verstoß gegen europäisches Primärrecht <i>de lege lata</i>	228
	1. Verletzung der Unionsgrundrechte	229
	a) Eingriff in die unternehmerische Freiheit sowie die allgemeine Handlungsfreiheit.....	229
	b) Fehlschlagen der Rechtfertigung aus Gründen der Anknüpfungsgerechtigkeit und Prozessbeschleunigung.....	230
	2. Weitere Verstöße gegen das europäische Primärrecht.....	233
	a) Beschränkung von Warenverkehrs- und Dienstleistungsfreiheit.....	233
	b) Verstoß gegen das Gebot der Binnenmarktförderung	234
IX.	Umgehungsmöglichkeiten.....	237
	1. Lizenzverträge und Vergleiche	237
	2. Schiedsgerichtsbarkeit.....	238
X.	Keine mangelnde Anerkennung und Vollstreckung	240
XI.	Mangelnde praktische Relevanz der Rechtswahl im außervertraglichen Bereich?.....	241
XII.	Zwischenergebnis	242
C.	Einbeziehung der Verletzungshandlung	242
	I. Beschränkte Nutzbarkeit der Argumente <i>Jeghers</i> für die Situation <i>de lege ferenda</i> in der Europäischen Union.....	243
	II. Grundsätzlicher Vorrang des Schutzlandrechts	244
	1. Kein versteckter Anspruchsverzicht durch umfassende „als-ob“-Betrachtung.....	244
	2. Vorrang (wettbewerbs-)politischer Interessen.....	246
	III. Wahrung wirtschaftspolitischer Interessen durch die Anwendung von Eingriffsnormen	247
	IV. Durchbrechung bei ubiquitären Verletzungen?	251
	1. Grundsätzliche Möglichkeit der Durchbrechung.....	251
	2. Definition des Kriteriums der „ubiquitären Verletzung“	252
	V. Sonderlösung nach <i>de Boer</i>	256

VI. Zwischenergebnis	257
D. Notwendigkeit von Begrenzungen der Rechtswahl?	258
I. Keine Begrenzung auf eine nachträgliche Rechtswahl	258
II. Keine Begrenzung der wählbaren Rechte	262
1. Ausschließliche Wählbarkeit der <i>lex fori</i> ?	262
2. Begrenzung auf mitgliedstaatliche Rechte bei unionsweit einheitlichen Schutzrechten?	263
E. Vertragsakzessorische Anknüpfung	264
I. Parallelen zur unmittelbaren Einräumung von Parteiautonomie	264
II. Rechtslage <i>de lege ferenda</i> für einzelstaatliche Schutzrechte	266
III. Rechtslage <i>de lege ferenda</i> für unionsweit einheitliche Schutzrechte	267
F. Gesamtergebnis und Normvorschlag	269
Teil 3: Verträge über Immaterialgüterrechte	273
§ 7 <i>Vorüberlegungen</i>	273
A. Definition des Immaterialgüterrechtsvertrages	273
B. Immaterialgüter- und Vertragsstatut	273
C. Trennungs- und Abstraktionsprinzip im internationalen Kontext	274
I. Unterschiedliche dogmatische Ausgestaltung in einzelnen Jurisdiktionen	274
1. Deutschland	275
a) Gewerbliche Schutzrechte	275
b) Urheberrecht	276
2. USA	277
3. Schweiz	278
II. Abgrenzung als Frage der Qualifikation	279
§ 8 <i>Rechtslage de lege lata</i>	280
A. Das Europäische Kollisionsrecht	280
I. Reichweite des Vertragsstatuts als Ausgangsfrage	280
II. Europäisch-autonome Qualifikation im Internationalen Privatrecht	280
III. Unmittelbarer Anwendungsbereich der Rom-Verordnungen?	281
1. Maßgeblichkeit der Rom I-VO?	281
2. Maßgeblichkeit der Rom II-VO?	284
IV. Überantwortung an das autonome Kollisionsrecht?	285
1. Spaltungstheorien	285
a) Territoriale Spaltungstheorie	285

b) Universale Spaltungstheorie im Urheberrecht	287
2. Einheitstheorien.....	287
a) Grundgedanke und Verwurzelung im Urheberrecht.....	287
b) Verhältnis zur Rom I-VO	288
c) Einschränkungen der Reichweite des Vertragsstatuts?	289
(1) Reine Einheitstheorie	289
(2) Eingeschränkte Einheitstheorie	290
3. Reine Maßgeblichkeit des Schutzlandstatuts	291
V. Analoge Anwendung von Art. 14 Rom I-VO	291
VI. Stellungnahme zugunsten einer analogen Anwendung des Art. 14 Rom I-VO.....	293
1. Bedeutung des Art. 33 EGBGB a.F. für die Spaltungs- theorie im autonomen Kollisionsrecht	293
2. Schwächung der Spaltungstheorie durch das europäische Kollisionsrecht	295
3. Auslegung der Norm: Drittwirkung der Zession?	296
4. Methodische Grundfragen	303
5. Voraussetzungen der analogen Anwendung des Art. 14 Rom I-VO	305
a) Planungswidrige Regelungslücke	305
b) Vergleichbare Interessenlage im Sinne des unionsrechtlichen Gleichheitssatzes	307
(1) Vergleichbarkeit von Internationalem Zessions- und Immaterialgütervertragsrecht	308
(2) Das Verhältnis zwischen Zedent und Zessionar nach Art. 14 Abs. 1 Rom I-VO	308
(3) Das Verhältnis zwischen Zessionar und Schuldner nach Art. 14 Abs. 2 Rom I-VO	309
(4) Das Verhältnis zu Gläubigern, weiteren Zessionaren und anderen Dritten.....	312
(5) Fehlende kollisionsrechtliche Unterscheidung zwischen Verpflichtung und Verfügung als der Rom I-VO immanentes Prinzip?	315
(6) Zwischenergebnis	319
6. Rechtsfortbildung im Sinne des Gesamtelos der Verordnung und des Primärrechts.....	319
a) Förderung des Binnenmarktes und des Raumes des Rechts	319
b) Berücksichtigung des <i>effet utile</i> -Grundsatzes	320
7. Zwischenergebnis.....	324
8. Umfang der Analogie vor dem Hintergrund der Interes- sen des Schutzlandes	325

a) Kein Konflikt mit den wirtschaftspolitischen Interessen des Schutzlandes	325
b) Keine Erstreckung auf Entstehung, Bestand und erste Inhaberschaft des Schutzrechts	326
c) Form	326
VII. Ergebnis.....	328
B. Das schweizerische Kollisionsrecht	330
I. Genese und Aufbau der Sonderanknüpfungsnorm.....	330
II. Keine Auflösung des Spannungsfeldes zwischen Vertrags- und Immaterialgüterstatut	333
III. Unterschiedliche Ansätze hinsichtlich der Abgrenzung beider Statute.....	334
1. Vorüberlegungen und Präzisierung der Fragestellung	334
2. Spaltungstheorie	335
3. Einheitstheorien.....	338
a) Reine Einheitstheorie	338
b) Einheitstheorie bei Internet-Verträgen.....	339
c) Eingeschränkte Einheitstheorie nach <i>Vischer</i>	339
IV. Ergebnis.....	341
C. Das Kollisionsrecht in den USA.....	341
I. Grundsatz der Parteiautonomie nach § 187 (1) <i>Restatement</i> (<i>Second Conflicts of the Laws</i>)	341
II. Begrenzung des Vertragsstatuts durch das Immaterialgüterstatut	342
1. <i>Itar-Tass</i> und die <i>most significant relationship</i>	343
2. Konkretisierungsansätze in der Literatur	344
a) <i>Nimmers</i> Ansatz	344
b) <i>Patrys</i> Ansatz	344
3. Lösungsansätze der Rechtsprechung.....	346
a) <i>Campbell Connelly & Co. Ltd. v. Noble</i>	346
b) <i>Corcovado Music Corp. v. Hollis Music, Inc.</i>	348
c) <i>Corbello v. DeVito</i>	350
d) <i>Saregama India Ltd. v. Mosley</i>	353
4. Zwischenergebnis	354
III. Ergebnis.....	355
§ 9 Modellgesetze	356
A. <i>Principles on Conflict of Laws in Intellectual Property</i> (CLIP-Principles).....	356
I. Formale Trennung von Vertragsanknüpfung, Übertragbarkeit und Grundanknüpfung	356
II. Der eingeschränkten Einheitstheorie folgende Konzeption?.....	357

III. Ergebnis.....	361
B. <i>Intellectual Property: Principles Governing Jurisdiction, Choice of Law and Judgments in Transnational Disputes</i> (ALI-Principles)	362
I. Grundsätzlicher Vorrang der Parteiautonomie	362
II. Durchbrechung hinsichtlich der Übertragbarkeit und Formerfordernissen.....	363
III. Einheitliche Anknüpfung von Verpflichtung und Verfügung?	364
IV. Ergebnis.....	367
 § 10 <i>Leitlinien für eine Konzeption de lege ferenda</i>	367
A. Ausgangspunkt: Vergleichbares Theorienspektrum	367
B. Sinnvolles Anliegen der Einheitstheorie	368
C. Absage an die reine Einheitstheorie und die universale Spaltungstheorie	369
D. Plädoyer für die eingeschränkte Einheitstheorie.....	372
I. Rechtssichere Wahrung von Schutzlandinteressen durch klare Sonderanknüpfungen	373
II. Ableitbarkeit der Spaltungstheorie aus dem Internationalen Sachenrecht?.....	374
III. Vermeidung der Qualifikation nach der <i>lex causae</i>	375
IV. Anwendbarkeit auf alle Immaterialgüterrechte.....	376
V. Grundsätzliche Funktionsweise.....	378
VI. Bestimmung des Ausnahmekatalogs	379
E. Gesamtergebnis und Normvorschlag.....	382
 Zusammenfassung und abschließende Würdigung.....	385
A. Zusammenfassung in Thesen	385
I. Grundlagen	385
II. Immaterialgüterrechtsverletzungen	385
III. Immaterialgüterrechtsverträge	386
B. Abschließende Würdigung.....	387
 Literatur- und Materialienverzeichnis.....	391
Literatur.....	391
Materialien.....	415
Entscheidungsverzeichnis.....	419
Europäische Entscheidungen.....	419
Britische Entscheidungen.....	421
Deutsche Entscheidungen	422

Französische Entscheidungen.....	423
Niederländische Entscheidung	424
Österreichische Entscheidungen	424
Schweizer Entscheidungen.....	424
US-amerikanische Entscheidungen	425
Sachverzeichnis	427

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a. a. O	am angegebenen Ort
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft (1958 ff.)
ABl. EU	Amtsblatt der Europäischen Union (2003 ff.)
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (1820 ff.)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union in der Fassung der Bekanntmachung vom 09.04.2008 (ABl. EU 2008 Nr. C 115 vom 09.05.2008, S. 47 ff.)
a.F.	alte Fassung
a.k.a.	also known as
ALI	American Law Institute
All ER	All England Law Reports (London, 1936 ff.)
Am. J. Comp. L.	The American Journal of Comparative Law (Ann Arbor, Michigan, 1952 ff.)
AmtBull NR	Amtliches Bulletin der Schweizerischen Bundesversammlung: Nationalrat (1891 ff.)
AmtBull StR	Amtliches Bulletin der Schweizerischen Bundesversammlung: Ständerat (1891 ff.)
Art.	Artikel
AS	Amtliche Sammlung des Bundesrechts in der Schweiz (1988 ff.)
BaslKomm	Basler Kommentar, Internationales Privatrecht, hrsg. von Honsell, Heinrich/Vogt, Nedim Peter/Schnyder, Anton K./Berti, Stephen V.
BBl.	Schweizerisches Bundesblatt (Sammlung von Erlassen, 1849 ff.)
belgIPRG	Belgisches Gesetz über das Internationale Privatrecht (Loi portant le Code de droit international privé vom 16.07.2004, MB 57344 ff. vom 27.07.2004)
Bern-Komm	Berner Kommentar zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch, hrsg. von Becker, Hermann
BG	Schweizerisches Bundesgericht
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts (1875 ff.)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch vom 19.08.1896 (RGBl. S. 195 ff.)
BGBI.	Bundesgesetzblatt (1949 ff.)
BGH	Bundesgerichtshof

BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen (1951 ff.)
BJM	Basler Juristische Mitteilungen (Basel, 1954 ff.)
BIPMZ	Blatt für Patent-, Muster- und Zeichenwesen (1898 ff.)
Botschaft zum IPRG	Schweizerischer Bundesrat: Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Bundesgesetz über das internationale Privatrecht
BPatG	Bundespatentgericht
Brookl. J. of Int. L.	Brooklyn Journal of International Law (New York, 1975 ff.)
Brüssel I-VO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22.12.2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (ABl. EG 2001 Nr. L 12 vom 16.01.2001, S. 1 ff.)
Brüssel Ia-VO	Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 12.12.2012, Neufassung (ABl. EU 2012 Nr. L vom 20.12.2012, S. 1 ff.)
BRDrucks.	Drucksachen des Deutschen Bundesrates (1949 ff.)
BTDrucks.	Drucksachen des Deutschen Bundestages (1949 ff.)
Bull. civ.	Bulletin des Arrêts Chambres civiles (I-III), Cour de cassation (Frankreich)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (1951 ff.)
bzw.	beziehungsweise
c.	Chapter
Cal. App.	California Appellate Reports
Cal. L. Rev.	California Law Review (Berkeley, Kalifornien 1912 ff.)
CDPA	UK Copyright, Designs and Patents Act von 1988 (c. 48)
Cir.	Circuit of the Court of Appeals
CLIP	The European Max Planck Group on Conflict of Laws in Intellectual Property
CLIP-Commentary	Conflict of Laws in Intellectual Property – The CLIP Principles and Commentary, hrsg. von Basedow Jürgen/Drexl, Josef
Clunet	Journal du droit international: Clunet (Paris, 1874 ff.)
CMLR	Common Market Law Review (Den Haag, 1963 ff.)
Colum. L. Rev.	Columbia Law Review (New York, 1901 ff.)
Colum. J. Transnat'l L.	Columbia Journal of Transnational Law (New York, 1961 ff.)
Colum.-VLA J. L. & Arts	Columbia Journal of Law and the Arts (New York 1974 ff.)
CommRom	Commentaire romand, Loi sur le droit international privé – Convention de Lugano, hrsg. von Bucher, Andreas
D.	District
Datenbanken-RL	Richtlinie des 96/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13.03.1996 über den rechtlichen Schutz von Datenbanken (ABl. Nr. L 077 vom 27.03.1996, S. 20)
Dalloz	Recueil Dalloz Sirey, Recueil Dalloz de doctrine, de législation et de jurisprudence (Paris, 1945–1999)

DesignG	Gesetz über den rechtlichen Schutz von Design in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.02.2014 (BGBl. I S. 122)
DÖV	Die öffentliche Verwaltung (1948 ff.)
DPMA	Deutsches Patent- und Markenamt
Duden	Duden – das große Wörterbuch der deutschen Sprache in zehn Bänden, hrsg. von Scholze-Stubenrecht, Werner
Durchsetzungs-RL	Richtlinie 2004/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29.04.2004 zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums (ABl. EU Nr. L 157 vom 30.04.2004, S. 16 ff.)
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht (1999 ff.)
ebd.	ebendort
E.D.	(Federal District Court for the) Eastern District (of)
Edinburgh L. Rev.	Edinburgh Law Review (Edinburgh, 1996 ff.)
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 18.08.1896 (RGBl., S. 604)
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vom 07.02.1992 (BGBl. II S. 1253, 1256) in der Fassung vom 02.10.1997 (BGBl. II S. 287)
Einheitspatent-VO	Verordnung (EU) Nr. 1257/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17.12.2012 über die Umsetzung der Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Schaffung eines einheitlichen Patentschutzes, ABl. EU Nr. L 361 vom 31.12.2012, S. 1 ff.
ELF	The European Legal Forum – forum iuris communis Europae (2005 ff.; 2000–2004 deutschsprachig)
EMRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.05.2002 (BGBl. II S. 1055)
EPGÜ	Übereinkommen über ein Einheitliches Patentgericht (ABl. EU 2013 Nr. C 175 vom 20.06.2013, S. 1 ff.)
EPÜ	Europäisches Patentübereinkommen in der Fassung der Akte vom 29. November 2000 zur Revision des Übereinkommens über die Erteilung Europäischer Patente vom 5.10.1973 (BGBl II 1976, S. 649, 826) in der ab 13.12.2007 geltenden Fassung, vgl. Bekanntmachung vom 19.02.2008 (BGBl. II 2008, S. 179)
Erbrechts-VO	Verordnung (EU) Nr. 650/2012 des europäischen Parlaments und des Rates vom 04.07.2012 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Annahme und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses (ABl. EU 2012 Nr. L 201 vom 27.07.2012, S. 107 ff.)
Erman	Erman, Bürgerliches Gesetzbuch, hrsg. von Westermann, Harm Peter

EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGHE	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts Erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften (1958 ff., seit 1990 mit der Rechtsprechung des Gerichts Erster Instanz)
EuGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EuGMRE	Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (1960 ff.)
EU-Grundrechte Charta	Charta der Grundrechte der Europäischen Union vom 12.12.2007 (ABl. EU 2007 Nr. C 303 vom 14.12.2007, S. 1 ff.)
EuGVÜ	Brüsseler EWG-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27.9.1968 (BGBl. 1972 II S. 774 ff.)
EUV	Vertrag über die Europäische Union in der Fassung des Vertrags von Lissabon vom 13.12.2007 (ABl. EU Nr. C 306, S. 1, ber. ABl. 2008 Nr. C 111, S. 56 und ABl. 2009 Nr. C 290, S. 1; konsolidierte Fassung: ABl. EU 2008 Nr. C 115 vom 09.05.2008, S. 13 ff.)
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (1990 ff.)
EVÜ	Römisches EWG-Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 19.6.1980 (BGBl. 1986 II S. 810)
EWCA Civ	England and Wales Court of Appeal Civil Section Decisions (London, 1883 ff.)
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWHC	High Court of Justice of England and Wales
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (1990 ff.)
f., ff.	folgende/r
F.2d	Federal Reporter, Second Series
F.3d	Federal Reporter, Third Series
Fed.	Federal
Fla.	Florida
Fn.	Fußnote
frz.	französische/r
FS	Festschrift
F. Supp.	Federal Supplement
F. Supp. 2d	Federal Supplement, Second Series
GebraMG	Gebrauchsmustergesetz vom 28.08.1986 (BGBl. I S. 1455)
Gemeinschaftsgeschmacks muster-VO	Verordnung (EG) Nr. 6/2002 des Rates vom 12.12.2001 über das Gemeinschaftsgeschmacksmuster (ABl. EG Nr. L 3 vom 05.01.2002, S. 1 ff.)

Gemeinschaftsmarken-VO	Verordnung (EG) Nr. 207/2009 des Rates vom 26.02.2009 über die Gemeinschaftsmarke (kodifizierte Fassung, ABl. EU Nr. L 78 vom 24.04.2009, S. 1 ff.); die Verordnung (EG) Nr. 40/94 des Rates vom 20.12.1993 über die Gemeinschaftsmarke (ABl. EG Nr. L 11 vom 14.01.1994 S. 1 ff.) wird als „er-setzte Gemeinschaftsmarken-VO“ zitiert
GeschmMG	Gesetz über den rechtlichen Schutz von Mustern und Model-len vom 11.01.1876 (RGBl. S. 11)
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht (2003 ff.)
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (1896 ff.)
GRUR Int	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil (1936 ff., bis 1980 GRUR Ausl)
GRUR-Prax	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht – Praxis im Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht (2009 ff.)
GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht – Rechtspre-chungs-Report (2001 ff.)
HABM	Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle)
HalblSchG	Gesetz über den Schutz von Topographien von mikroelektro-nischen Halbleitererzeugnissen, vom 22.10.1987 (BGBl. I S. 2294)
Harv. Int'l L. J.	Harvard International Law Journal (Cambridge, Massachu-sets, 1967 ff.)
Harv. J.L. & Tech.	Harvard Journal of Law and Technology (Cambridge, Massa-chusetts, 1988 ff.)
h.M.	herrschende Meinung
Hous. L. Rev.	Houston Law Review (Houston, Texas, 1963 ff.)
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
i.E.	im Ergebnis
IfrOSS	Institut für Rechtsfragen der Freien und Open Source Soft-ware
IHR	Internationales Handelsrecht (1999 ff.)
Ill.	Illinois
IntImmGR	Internationales Immaterialgüterrecht
IntWirtschR	Internationales Wirtschaftsrecht
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts (1981 ff.)
IPRG-Schlussbericht	Schweizerische Vereinigung für Internationales Privatrecht: Schlussbericht der Expertenkommission zum Gesetzesentwurf bezüglich des Bundesgesetzes über das internationale Privat-recht
IPRspr	Die Deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des Internati-onalen Privatrechts (1926 ff.)

IPR-Reformgesetz 1999	Gesetzes zum Internationalen Privatrecht für außervertragliche Schuldverhältnisse und für Sachen am 01.06.1999 (BGBl. 1999 I 1026)
JB1.	Juristische Blätter (Wien, 1872 ff.)
J. Int'l Arb.	Journal of International Arbitration (Den Haag, 1984 ff.)
jipitec	Journal of Intellectual Property, Information Technology and E-Commerce Law (2010 ff.)
JPIL	Journal of Private International Law (Oxford, 2005 ff.)
Jur.	Jurisprudence
JurisPK	juris PraxisKommentar BGB, hrsg. von Herberger, Maximilian/Martinek, Michael/Rüßmann, Helmut/Weth, Stephan
JZ	Juristenzeitung (1951 ff.)
Kabel-Satelliten-RL	Richtlinie 93/83/EWG des Rates vom 27. September 1993 zur Koordinierung bestimmter urheber- und leistungsschutzrechtlicher Vorschriften betreffend Satellitenrundfunk und Kabelweiterverbreitung (ABl EG Nr. L 248 vom 06.10.1993, S. 15)
KollisionsR	Kollisionsrecht
Kommissionsvorentwurf (Rom II)	Europäische Kommission, Anhörung für einen Vorentwurf eines Vorschlags für eine Verordnung des Rates über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
Kommissionsvorschlag (Rom I)	Europäische Kommission, Vorschlag für eine Verordnung des europäischen Parlaments und des Rates über das auf vertragliche Schuldverhältnis anzuwendende Recht
Kommissionsvorschlag (Rom II)	Europäische Kommission, Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
LG	Landgericht
lit.	littera
Lloyd's Rep	Lloyd's Law Reports (London, 1913 ff.)
LR	Law Reports des Incorporated Council of Law Reporting for England & Wales (London, 1865 ff.)
MarkenG	Gesetz über den Schutz von Marken und sonstigen Kennzeichen vom 25.10.1994 (BGBl. I S. 3082)
Mass.	Massachusetts
MB	Moniteur belge/Belgisch Staatsblad (1830 ff.)
M. D.	(Federal District Court for the) Middle District (of)
Md.	Maryland
Md. L. Rev.	Maryland Law Review (Baltimore, Maryland, 1936 ff.)
MMR	Multimedia und Recht, 1996 ff.
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MünchKommBGB	Münchener Kommentar zum BGB, hrsg. von Rixecker, Roland/Säcker, Jürgen
MünchKommInsO	Münchener Kommentar zur Insolvenzordnung, hrsg. von Kirchhof, Hans-Peter/Lwowski, Hans-Jürgen/Stürner, Rolf

MünchKommZPO	Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung, hrsg. von Krüger, Wolfgang/Rauscher, Thomas
N. D.	(Federal District Court for the) Northern District (of)
n.F.	neue Fassung
NIPR	Nederlands Internationaal Privaatrecht (Gravenhage, 1983 ff.)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (1947 ff.)
NK-BGB	Nomos Kommentar BGB, hrsg. von Hüfetege, Rainer/Mansel, Heinz-Peter
Nr.	Nummer
N.Y.	New York
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht (1988 ff.)
OGH	Österreichischer Oberster Gerichtshof
OGH SZ	Oberster Gerichtshof – Sammlung Zivilsachen (1919–1931, 1946 ff.)
OLG	Oberlandesgericht
OR	Schweizerisches Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht) vom 30.03.1911 (AS 27 317)
Or. L. Rev.	Oregon Law Review (Buffalo, New York, 1921 ff.)
Or. Rev. Stat.	Oregon Revised Statute, innerhalb des Gesetzes selbst auch ORV
österrBGBI	Österreichisches Bundesgesetzblatt (1920–1938, 1945 ff.)
österrIPRG	Österreichisches IPR-Gesetz (ÖsterrBGBI 1978/304, in Kraft seit dem 01.01.1979)
PatG	Patentgesetz vom 25. Mai 1877 (RGBl. S. 501)
PILA	Britisches IPR-Gesetz (Private International Law [Miscellaneous Provisions] Act von 1995, c. 42)
ProdHaftG	Produkthaftungsgesetz vom 15.12.1989 (BGBl. I S. 2198)
PVÜ	Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums vom 20.03.1883 in der Fassung vom 14.07.1967 (BGBl 1970 II S. 293)
PWW	BGB Kommentar, hrsg. von Prütting, Hanns/Wegen, Gerhard/Weinreich, Gerd
QB	Queen's Bench Division
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht (1927 ff.)
RBÜ	Revidierte Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst vom 09.09.1886 in der Pariser Fassung von 1971 (BGBl. 1973 II S. 1071 ff.)
R.E.D.I.	Revista Española de Derecho Internacional (Madrid, 1948 ff.)
Ref-E-I	Bundesministerium der Justiz: Referentenentwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des internationalen Privatrechts
Rev. crit. dr. int. pr.	Revue critique de droit international privé (Paris, 1934 ff.)
RG	Reichsgericht

RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen (1879–1945)
RGBl.	Reichsgesetzblatt (1871–1945)
RIDA	Revue internationale du droit d’auteur (Paris, 1953 ff.)
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft, Außenwirtschaftsdienst des Betriebsberaters (1975 ff., vorher AWD)
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rom I-VO	Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom I) vom 17.06.2008 (ABl. EU 2008 Nr. L 177 vom 04.07.2008, S. 6 ff.)
Rom II-VO	Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom II) vom 11.7.2007 (ABl. EU 2007 Nr. L 199 vom 30.07.2007, S. 40 ff.)
Rom III-VO	Verordnung (EU) Nr. 1259/2010 des Rates vom 20.12.2010 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des auf die Ehescheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechts (ABl. EU 2010 Nr. L 343 vom 29.12.2010, S. 10 ff.)
R.P.C.	Reports of Patent, Design and Trade Mark Cases (Oxford, 1884 ff.)
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
Rz.	Randzeichen
S.	Seite
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren (2003 ff.)
Schutzdauer-RL	Richtlinie 93/98/EWG des Rates vom 29. 10.1993 zur Harmonisierung der Schutzdauer des Urheberrechts und bestimmter verwandter Schutzrechte, ABl. L 290 vom 24.11.1993, S. 9, konsolidierte Fassung vom 12.12.2006 (Richtlinie 2006/116/EG), ABl. EU Nr. L 372 vom 27.12.2006, S. 12
schwBV	Bundesverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18.04.1999 (AS 1999 2556)
schwDesG	Schweizerisches Bundesgesetz über den Schutz von Design vom 05.10.2001, AS 2002 1456
schwIPRG	Schweizerisches Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht vom 18.12.1987 (AS 1988 1776)
schwMarkenG	Schweizerisches Bundesgesetz über den Schutz von Marken und Herkunftsangaben vom 28.08.1992 (AS 1993 274)
schwPatG	Schweizerisches Bundesgesetz über die Erfindungspatente vom 25.06.1954 (AS 1955 871)
schwSortenSchG	Schweizerisches Bundesgesetz über den Schutz von Pflanzenzüchtungen (Sortenschutzgesetz) vom 20.03.1975 (AS 1977 862)
schwUrhG	Schweizerisches Bundesgesetz über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte vom 09.10.1992 (AS 1993 1798)

S.D.	(Federal District Court for the) Southern District (of)
sec.	Section
SJZ	Schweizerische Juristenzeitung / Revue suisse de jurisprudence (Zürich, 1904 ff.)
S.L.T.	The Scots Law Times (Edinburgh, 1893 ff.)
SMI	Schweizerische Mitteilungen über Immaterialgüterrecht (Zürich, 1985–1996)
sog.	sogenannt
SortenSchG	Sortenschutzgesetz vom 11.12.1985 (BGBl. I S. 2170)
Sortenschutz-VO	Verordnung (EG) Nr. 2100/94 des Rates vom 27.07.1994 über den gemeinschaftlichen Sortenschutz (ABl. EG 1994 Nr. L 227 vom 01.09.1994, S. 1 ff.)
SSIR	Schweizer Studien zum Internationalen Recht
SVIR	Schweizerische Vereinigung für Internationales Recht
S.W. 3d	South Western Reporter, Third Series
Tex.	Texas
Tenn.	Tennessee
TMA	UK Trade Marks Act von 1994 (c. 26)
TRIPS	Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights (BGBl II 1994, S. 1730; ABl. EG 1994 Nr. L 336 vom 23.12.1994, S. 1 f.)
Tul. L. Rev.	Tulane Law Review (New Orleans, Louisiana, 1929 ff.)
u.a.	unter anderem / und andere
UCC	Uniform Commercial Code
U. Ill. L. Rev.	University of Illinois Law Review (Urbana Champaign, Illinois, 1949 ff.)
ULR	Uniform Law Review (Rom, 1990 ff.)
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law
Unterhalts-VO	Verordnung Nr. 4/2009 des Rates vom 18. Dezember 2008 über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen (ABl. EU 2009 Nr. L 7 vom 10.01.2009, S. 1 ff.)
UrhG	Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte vom 09.09.1965 (BGBl. S. 1273)
U.S.	United States Reports
U.S.C.	United States Code
U.S.P.Q. , D.C., 1913 ff.)	United States Patents Quarterly (
v.	versus
Va. J. Int'l L.	Virginia Journal of International Law (Charlottesville, Virginia, 1963 ff.)
Va. J. L. & Tech.	Virginia Journal of Law and Technology (Charlottesville, Virginia, 1996 ff.)
verb.	verbundene

VersR	Versicherungsrecht, Juristische Rundschau für die Individualversicherung (1950 ff.)
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vor	Vorbemerkung
WBl	Wirtschaftsrechtliche Blätter (Wien, 1987 ff.)
WCT	WIPO Copyright Treaty vom 20. September 1996 (ABl. EG 2000 L 89 vom 01.11.2000, S. 6 ff.)
W.D.	(Federal District Court for the) Western District (of)
Willamette L. Rev.	Willamette Law Review (Salem, Oregon, 1977 ff.)
WIPO	World Intellectual Property Organisation
Wis.	Wisconsin
WL	West Law Citations
W.L.R.	The Weekly Law Reports (London, 1953 ff.)
WM	Wertpapiermitteilungen (1947 ff.)
Wm. & Mary L. Rev.	William & Mary Law Review (Williamsburg, Virginia, 1959 ff.)
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis (1955 ff.)
Yale L. J.	Yale Law Journal (New Haven, Connecticut, 1892 ff.)
YPIIL	Yearbook of Private International Law (Den Haag, 1999 ff.)
z.B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht (1993 ff.)
ZEuS	Zeitschrift für europarechtliche Studien (1998 ff.)
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung, Internationales Privatrecht und Europarecht (Wien, 1991 ff.); davor Zeitschrift für Rechtsvergleichung (Wien, 1960–1990)
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10.12.1907 (AS 24 233 und 27 207)
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht (1972 ff.)
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht (1962 ff.)
ZPO	Zivilprozessordnung vom 30.01.-1877 (RGBI. S. 83)
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik (1968 ff.)
ZürKomm	Zürcher Kommentar zum IPRG, hrsg. von Girsberger, Daniel/Heini, Anton/Keller, Max/Kostkiewicz, Jolanta Kren/Siehr, Kurt/Fischer, Frank/Volken, Paul; Kommentar zum schweizerischen Zivilgesetzbuch, hrsg. von Gauch, Peter/Spirig, Eugen
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht (1990 ff.), davor Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht, Film und Recht, 1985–1990)
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft (1878 ff.)
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess (1943 ff.)

Einführung

A. Gegenstand der Arbeit

In den letzten 25 Jahren sind die nationalen Märkte mit einer atemberaubenden Geschwindigkeit zusammengewachsen, so dass internationale Transaktionen in vielen Wirtschaftsbereichen heute nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel sind.¹ Für Unternehmen haben dabei neben der materiellen Ausstattung mit Produktionsmitteln und Personal immaterielle Eigentumspositionen wie Marken, Patente und Urheberrechte erheblich an Bedeutung gewonnen.² Im Zuge der fortschreitenden globalen Vernetzung durch Informationstechnologien stellt sich somit immer häufiger die Frage, welches Recht auf grenzüberschreitende Sachverhalte mit Bezügen zu Immaterialgüterrechten anwendbar ist.³

Grundsätzlich ist es die Aufgabe des Internationalen Privatrechts, bei internationalen Sachverhalten den „Sitz“⁴ eines Rechtsverhältnisses zu ermit-

¹ Vgl. *Brödermann*, ULR 11 (2006), 749–751 m.w.N. zur faktischen und rechtlichen Entwicklung.

² So haben sich etwa die Patentanmeldungen pro Jahr weltweit von 1995 bis 2011 verdoppelt, siehe WIPO World Intellectual Property Indicators 2012, abrufbar unter <http://www.wipo.int/freepublications/en/intproperty/941/wipo_pub_941_2012.pdf>, S. 43; Gleiches gilt für die Anzahl der weltweiten Markenmeldungen zwischen 1995 und 2011, siehe a. a. O., S. 98. Die Anzahl an Gebrauchsmusteranmeldungen hat sich seit 1985 nahezu verfünffacht, siehe a. a. O., S. 94. Siehe zur wachsenden Bedeutung immaterieller Rechtspositionen für Unternehmen in der Europäischen Union *Europäische Kommission*, „Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Ein Binnenmarkt für Rechte des geistigen Eigentums, Förderung von Kreativität und Innovation zur Gewährung von Wirtschaftswachstum, hochwertigen Arbeitsplätzen sowie erstklassigen Produkten und Dienstleistungen in Europa“ vom 24.05.2011, KOM(2011) 287 endgültig, S. 5 f., im Folgenden zitiert als „Mitteilung: Binnenmarkt für Rechte des geistigen Eigentums“.

³ Zum Zusammenhang zwischen Globalisierung und internationalem Schutz von Immaterialgütern *Bariatti*, in: *Bariatti* (Hrsg.), *Litigating Intellectual Property Rights Disputes Cross-Border: EU Regulations, ALI Principles, CLIP Project*, S. 63, 64; *Basedow*, in: *Basedow/Kono/Metzger* (Hrsg.), *Intellectual Property in the Global Arena*, S. 3, 11; *van Eechoud*, S. 1; *Mourca Vicente*, S. 23, 25, 333; *Oppermann*, S. 65 m.w.N.

⁴ Mit einer solchen Formulierung *von Savigny*, *System*, S. 108, 206. Siehe zur historischen Bedeutung *Savignys* für das Internationale Privatrecht etwa *von Hoffmann/Thorn*, S. 53, 59.

teln und das anwendbare Recht zu bestimmen.⁵ Das Internationale Immaterialgüterrecht nimmt insofern eine Sonderstellung unter den Teildisziplinen des Kollisionsrechts ein, als es durch zahlreiche völkerrechtliche Übereinkommen geprägt wird.⁶ Aus diesen Übereinkommen werden Prinzipien abgeleitet, welche in ihrer Bezeichnung zwar einprägsam, in ihrem Gehalt jedoch wenig konturiert sind. Dies gilt zum einen für das Territorialitätsprinzip,⁷ nach dem Immaterialgüterrechte nur auf dem Territorium des Staates wirken, dessen Rechtsvorschriften sie einräumen. Zum anderen geht auch das Schutzlandprinzip,⁸ wonach im internationalen Kontext das Recht des Staates anzuwenden ist, für dessen Gebiet der Schutz beansprucht wird, mittelbar auf die genannten Übereinkommen zurück.

Aus dem umfassend verstandenen Konzept der Territorialität von Immaterialgüterrechten wurde lange Zeit gefolgert, dass aufgrund der an der Staatsgrenze endenden Wirkung von Schutzrechten im Immaterialgüterrecht keine kollisionsrechtlichen Fragestellungen existierten.⁹ So formulierte *Zweigert* überspitzt, zwischen dem Territorialitätsprinzip und dem Kollisionsrecht bestehe das gleiche Verhältnis wie zwischen Feuer und Wasser: Entweder lösche das Wasser der Territorialität das Kollisionsrecht oder aber letzteres verdampfe die Territorialität.¹⁰ Erst mit der Durchsetzung der Erkenntnis, dass inländische Gerichte ausländisches Recht anwenden können¹¹ und – innerhalb vorgegebener Grenzen – auch für Fragestellungen hinsichtlich ausländischer Schutzrechte international zuständig sein können,¹² begann die

⁵ Zur Aufgabe des IPR von *Hoffmann/Thorn*, S. 2 f.; *Kropholler*, S. 16 f.

⁶ Siehe hierzu ausführlich S. 7 ff.

⁷ Siehe hierzu und zur Rolle des Universalitätsprinzips im Urheberrecht S. 28 ff.

⁸ Siehe hierzu und zur Ursprungslandanknüpfung im Internationalen Urheberrecht S. 32 ff.

⁹ *van Echoud*, S. 2 m.w.N.; *Pertegás*, in: Bariatti (Hrsg.), *Litigating Intellectual Property Rights Disputes Cross-Border: EU Regulations, ALI Principles, CLIP Project*, S. 55, 60; zu diesem Verständnis trugen auch prozessuale Schlussfolgerungen aus dem Territorialitätsprinzip bei, siehe hierzu S. 31.

¹⁰ *Zweigert*, *Rev. crit. dr. internat. privé* 54 (1965), 645, 653 zum generellen Territorialitätsprinzip: „En effet, il y a entre le conflit de lois et la territorialité le même rapport qu’entre le feu et l’eau: ou bien l’eau de la territorialité éteint le feu des considérations inspirées du conflit de loi, ou bien le feu de ces dernières fait évaporer le principe de la territorialité.“ Das Zitat wird im immaterialgüterrechtlichen Kontext aufgegriffen von *Cigoj*, FS Firsching, S. 53, 76; *Novier*, S. 45 und *Treppoz*, in: de Werra (Hrsg.), *La résolution des litiges de propriété intellectuelle*, S. 75, 78.

¹¹ Zur historischen Entwicklung der Anwendung ausländischen Rechts durch inländische Gerichte im Rahmen der Statutenlehre ab den Lehren von *Aldricus* im 12. Jahrhundert siehe von *Bar/Mankowski*, IPR I, § 6 Rn. 7–29. Zum immaterialgüterrechtlichen Kontext *Peinze*, S. 131 m.w.N.; *Regelin*, S. 16 f.; *Ulmer*, Rn. 16.

¹² Zur Annahme der Unzulässigkeit solcher Klagen noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts *Schack*, Anknüpfung, Rn. 21–23, 30 m.w.N. Siehe zur Frage der internationalen

Beschäftigung mit dem Internationalen Immaterialgüterrecht als Teildisziplin des IPR.¹³ Aufgrund dieser vom Kernkollisionsrecht gelösten Entwicklung des Internationalen Immaterialgüterrechts führen traditionelle Anknüpfungsprinzipien – „verdeckt“ vom Einfluss internationaler Übereinkommen¹⁴ – ein Schattendasein. Insbesondere wurde die (potentielle) Rolle subjektiver Anknüpfungen, sei es unmittelbar durch eine Rechtswahl der Parteien oder aber mittelbar im Wege der vertragsakzessorischen Anknüpfung, bisher nicht eingehend untersucht.¹⁵

Bei der Ermittlung des Rechts mit der engsten Verbindung¹⁶ zum Sachverhalt muss das Kollisionsrecht sowohl die Parteiinteressen als auch Verkehrs- und Ordnungsinteressen berücksichtigen.¹⁷ Führt man sich dies vor Augen, so offenbart sich ein Spannungsverhältnis zwischen der (mittelbar völkerrechtlich determinierten) objektiven Anknüpfung an das Schutzland (*lex loci protectionis*), welche auch den politischen Interessen der jeweiligen Schutzländer dient,¹⁸ und einer Anknüpfung an den Parteiwillen. Dieses Spannungsverhältnis wird umso deutlicher, als ein territoriales Verständnis von Schutzrechten, verbunden mit einer Schutzlandanknüpfung im internationalen Kontext, zu einer Vielzahl von Problemen führt: So kann ein Schutzgegenstand zwar in unterschiedlichen Jurisdiktionen geschützt sein. Rechtlich handelt es sich jedoch stets um ein Bündel einzelner nationaler Schutzrechte (sogenannte Bündeltheorie).¹⁹ Dies erschwert die Möglichkeit, internationalen Schutz

Zuständigkeit für ausländische Schutzrechte im Europäischen Zivilprozessrecht unten S. 77.

¹³ Eingehend hierzu *Dinwoodie*, 51 Wm. & Mary L. Rev. (2009) 711, 713–715; siehe auch *de Miguel Asensio*, R.E.D.I. 59 (2007), 873.

¹⁴ Vgl. *Walter*, in: Reimer (Hrsg.): Vertragsfreiheit im Urheberrecht, S. 137.

¹⁵ So existieren beispielsweise Monographien hinsichtlich der Bedeutung von Parteiautonomie in anderen Teildisziplinen des Internationalen Privatrechts, siehe etwa *Köthe*, Schranken der Parteiautonomie im Internationalen Deliktsrecht, Berlin (2008); *Kühne*, Die Parteiautonomie im Internationalen Erbrecht, Bielefeld (1973); *Laufkötter*, Parteiautonomie im Internationalen Wettbewerbs- und Kartellrecht, Berlin (2001); *Nappenbach*, Parteiautonomie im Internationalen Gesellschaftsrecht, Berlin (2002); *Ritterhoff*, Parteiautonomie im Internationalen Sachenrecht, Berlin (1999). Die Monographie von *Pütz*, Parteiautonomie im Internationalen Urhebervertragsrecht – Eine rechtsdogmatische und rechtspolitische Betrachtung der Grenzen freier Rechtswahl im Internationalen Urhebervertragsrecht unter besonderer Berücksichtigung des neuen deutschen Urhebervertragsrechts, Frankfurt am Main (2005) beschäftigt sich ausschließlich und nicht rechtsvergleichend mit Urheberrechtsverträgen und setzt den Schwerpunkt auf die von § 32b UrhG international zwingend vorgeschriebenen Anwendung der §§ 32, 32a UrhG.

¹⁶ Zum Prinzip der „engsten Verbindung“ *Kropholler*, S. 25 ff.; *von Hoffmann/Thorn*, S. 3 f.

¹⁷ Siehe hierzu *Kegel/Schurig*, S. 134–145.

¹⁸ Siehe hierzu ausführlich unten S. 42 ff.

¹⁹ EuGH, Urteil vom 22.06.1994, Rs. C-9/93 – *IHT/Ideal Standard*, EuGHE 1994, I-02789 = GRUR Int. 1994, 614, 615, Rn. 24 f.; BGH, Urteil vom 17.06.1955, BGHZ 18 1,

geistigen Eigentums zu erhalten, und hat zur Konsequenz, dass bei Verletzungen von Immaterialgüterrechten in mehreren Rechtsordnungen eine Vielzahl nationaler Rechte anwendbar sein kann.²⁰ Gleichmaßen können bei Verträgen über Immaterialgüterrechte einzelne Aspekte des Vertrages – insbesondere die Verfügung über das Schutzrecht – nicht dem einheitlichen Vertragsstatut, sondern der jeweiligen *lex loci protectionis* unterliegen.²¹

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht vor diesem Hintergrund die Frage, ob und inwieweit im Internationalen Immaterialgüterrecht Parteiautonomie *de lege lata* eingeräumt wird²² und *de lege ferenda* eingeräumt werden kann.²³ Da die Gewährung eines Immaterialgüterrechts stets ein territorial beschränktes Monopol auf spezifische Handlungen mit sich bringt, hängt dies unmittelbar mit der souveränen Entscheidung der jeweiligen Gesetzgeber zusammen, inwiefern sie die Geltung des Schutzlandrechts aus marktordnungsrechtlichen Gründen zu Lasten der Parteiautonomie für zwingend erachten.²⁴ Exemplarisch wird im Rahmen der Untersuchung zum einen die potentielle Einräumung von Parteiautonomie im Bereich der Immaterialgüterrechtsverletzungen beleuchtet. Zum anderen wird die Begrenzung des – der Parteiautonomie zugänglichen – Vertragsstatuts durch das Immaterialgüterstatut analysiert. Für die Praxis ist der Umfang der Gewährung einer freien Rechtswahl insofern relevant, als die Parteien ein Interesse an der Vorhersehbarkeit und der Beeinflussbarkeit des anwendbaren Rechts haben, um potentielle Rechtsermittlungskosten kalkulieren und gering halten zu können.²⁵ Zudem beruht ein Großteil des ökonomischen Wertes von Immaterialgüterrechten auf der Möglichkeit, Dritte über den Abschluss von Verträgen zur Nutzung von Schutzrechten zu berechtigen oder diese im Ganzen zu übertragen.²⁶

Den Untersuchungsgegenstand bildet in erster Linie das zu Beginn des neuen Jahrtausends weitgehend vergemeinschaftete europäische Kollisionsrecht in Form der Rom I-Verordnung über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht²⁷ und der Rom II-Verordnung über das auf

13 – Hückel; BGH, Urteil vom 02.10.1997, MMR 1998, 35, 37 – *Spielbankaffäre* mit Anmerkungen von Schrickler. Siehe hierzu weiterhin unten S. 30, 75.

²⁰ Siehe hierzu nur Basedow, in: Basedow/Kono/Metzger (Hrsg.), *Intellectual Property in the Global Arena*, S. 3, 11 sowie unten Teil 2, S. 75 ff.

²¹ Hierzu im Detail unten Teil 3, S. 273.

²² Siehe unten S. 89 ff. und 280 ff.

²³ Siehe hierzu ebenfalls unten S. 210 ff. und 367 ff.

²⁴ Vgl. zum Begriff der marktordnungsrechtlichen Erwägungen in diesem Kontext Staudinger-Fezer/Koos *IntWirtschR* Rn. 923.

²⁵ Zu den bei einer Rechtswahl generell für die Parteien relevanten Faktoren vgl. *Man-kowski*, *RIW* 2003, 2–15.

²⁶ Vgl. *Mourca Vicente*, S. 293.

²⁷ Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht („Rom I“) vom 17.06.2008, *ABl. EU* 2008 Nr. L 177 vom 04.07.2008, S. 6 ff.; im Folgenden zitiert als „Rom I-VO“.

außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht²⁸. Rechtsvergleichend werden die Kollisionsrechtssysteme der Schweiz und der USA einbezogen. Lösungsansätze für die Probleme, die sich bei internationalen Transaktionen mit Bezug zu Immaterialgütern ergeben, halten schließlich auch die Modellgesetze der *European Max Planck Group on Conflict of Laws in Intellectual Property* (CLIP-Principles)²⁹ und des *American Law Institute* (ALI-Principles)³⁰ bereit. Diese Modellgesetze werden vor dem Hintergrund der Rechtslage *de lege lata* in die Arbeit eingebunden und auf ihre jeweilige Konzeption der Parteiautonomie untersucht, bevor schließlich Grundsätze für eine Konzeption *de lege ferenda* erarbeitet werden.

B. Gang der Untersuchung

Eingeleitet wird die Arbeit durch einen Grundlagenteil (Teil 1), der sich mit den Begriffen des Immaterialgüterrechts und des geistigen Eigentums, den Anknüpfungsprinzipien des Internationalen Immaterialgüterrechts (§ 1) und dem Grundsatz der Parteiautonomie (§ 2) auseinandersetzt. Im Zentrum des Abschnitts stehen die Begründung und die Rechtfertigung der jeweiligen Anknüpfungsregeln.

Hierauf folgt der erste Hauptteil, in dem auf Immaterialgüterrechtsverletzungen eingegangen wird (Teil 2). Nach einigen Vorüberlegungen (§ 3) wird die Rechtslage *de lege lata* erläutert (§ 4), die mit einer Analyse der Situation in der Europäischen Union eingeleitet wird (§ 4 A.). Dabei wird zunächst ein historischer, exemplarischer Überblick über die Rechtslage vor der Vergemeinschaftung des Kollisionsrechts der außervertraglichen Schuldverhältnisse gegeben. Im Anschluss wird die aktuelle Rechtslage nach Inkrafttreten der Rom II-VO erläutert, wobei insbesondere eine Auseinandersetzung mit der teleologischen Reduktion der einschlägigen Vorschrift erfolgt. Es folgt eine

²⁸ Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht („Rom II“) vom 11.07.2007, ABl. EU 2007 Nr. L 199 vom 30.07.2007, S. 40 ff.; im Folgenden zitiert als „Rom II-VO“.

²⁹ *The European Max Planck Group on Conflict of Laws in Intellectual Property* (CLIP), Principles on Conflict of Laws in Intellectual Property, herausgegeben samt Kommentierung von Basedow/Drexler, Conflict of Laws in Intellectual Property: The CLIP Principles and Commentary, Oxford (2013); der finale Text ist abrufbar unter <<http://www.ip.mpg.de/en/research/research-news/principles-on-conflict-of-laws-in-intellectual-property-clip.html>>; ein Vorentwurf (Second Preliminary Draft) ist abgedruckt in: Basedow/Kono/Metzger (Hrsg.), Intellectual Property in the Global Arena, Annex II, S. 365–393; im Folgenden zitiert als „CLIP-Principles“.

³⁰ *The American Law Institute*, Intellectual Property: Principles Governing Jurisdiction, Choice of Law, and Judgments in Transnational Disputes, Philadelphia, Pennsylvania (2008), finale Version 2008 abrufbar unter <<http://www.wipo.int/wipolex/en/details.jsp?id=7687>>, auch abgedruckt in Basedow/Kono/Metzger (Hrsg.), Intellectual Property in the Global Arena, Annex I, S. 347–364; im Folgenden zitiert als „ALI-Principles“.

Untersuchung der Rechtslage in der Schweiz, welche sich durch einen offeneren Umgang mit dem Prinzip der Parteiautonomie auszeichnet (§ 4 B.). Nach der Schweiz wird die Rechtslage in den USA beleuchtet, wobei der Schwerpunkt der Untersuchung auf der Herausarbeitung der Rechtsquelle für potentielle Kollisionsnormen im Internationalen Immaterialgüterrecht liegt (§ 4 C.).

Im Anschluss wird die Rechtslage *de lege lata* mit der Konzeption der Gewährung von Parteiautonomie bei Rechtsverletzungen in den Modellgesetzen der CLIP-Principles und der ALI-Principles verglichen (§ 5). Schließlich wird die mögliche Reichweite einer gegenüber objektiven Anknüpfungen vorrangigen subjektiven Anknüpfung von Immaterialgüterrechtsverletzungen *de lege ferenda* diskutiert, die mit einem Normvorschlag auf Grundlage der Rom II-VO abgeschlossen wird (§ 6).

Im zweiten Hauptteil der Arbeit werden Verträge über Immaterialgüterrechte behandelt (Teil 3). Dafür sind zunächst Vorüberlegungen über die unterschiedliche Ausgestaltung von Verfügungen über Immaterialgüterrechte in den untersuchten Jurisdiktionen erforderlich, um die Problemstellung zu präzisieren (§ 7). Im Anschluss erfolgt die Untersuchung der Rechtslage *de lege lata* (§ 8). Wiederum bildet die Europäische Union den Ausgangspunkt der Analyse, in deren Mittelpunkt eine potentielle analoge Anwendung der Rom I-VO und die Klärung des Verhältnisses zum autonomen Kollisionsrecht der Mitgliedstaaten stehen (§ 8 A.). Es folgt die Untersuchung der Rechtslage in der Schweiz (§ 8 B.). Den Schwerpunkt der Erörterung der Rechtslage in den USA bildet eine Bewertung des Fallrechts unter Anwendung der kontinentaleuropäischen Kollisionsrechtsdogmatik (§ 8 C.).

Es folgt eine Auseinandersetzung mit der Anknüpfung von Immaterialgüterrechtsverträgen nach den CLIP-Principles und den ALI-Principles (§ 10) und dem jeweils zulässigen Maß an Parteiautonomie. Schließlich werden wiederum Leitlinien für eine Konzeption des europäischen Kollisionsrecht hinsichtlich der vertraglichen oder immaterialgüterrechtlichen Qualifikation unterschiedlicher Elemente von Immaterialgüterrechtsverträgen *de lege ferenda* entwickelt, die mit einem Normvorschlag schließen (§ 10).

In einer abschließenden Würdigung werden zunächst die Ergebnisse der Untersuchungen der Rechtslage *de lege lata* einschließlich der in der Arbeit vorgeschlagenen Rechtsfortbildungen sowie die Vorschläge zur Konzeption *de lege ferenda* in Thesen zusammengefasst. Schließlich wird die vorgeschlagene Neujustierung des Verhältnisses von Parteiautonomie und Schutzlandanknüpfung bewertet.

Teil 1

Grundlagen

§ 1 Internationales Immaterialgüterrecht

A. Geistiges Eigentum und Immaterialgüterrecht

Die Oberbegriffe „geistiges Eigentum“ und „Immaterialgüterrecht“ bringen zum Ausdruck, dass sie sich auf Rechte an verselbstständigten geistigen Gütern beziehen, die ihrem Inhaber dem Eigentum an Sachen vergleichbare Ausschließlichkeitsrechte gewähren.¹ Beide Begriffe sind jedoch nicht ohne Weiteres voneinander abzugrenzen und bedürfen der näheren Konkretisierung. Dies gilt umso mehr, als Immaterialgüterrechte Gegenstand zahlreicher internationaler Harmonisierungseinflüsse sind und ihre Definitionen im Sach- und Kollisionsrecht variieren. Im Folgenden wird zunächst ein Überblick über die völkerrechtlichen Grundlagen sowie die Konzeption solcher Rechte nach den Sachrechten der untersuchten Rechtsordnungen gegeben. Im Anschluss werden gemeinsame Wesensmerkmale herausgearbeitet und schließlich die autonome kollisionsrechtliche Begriffsbildung dargestellt.

I. Völkerrechtliche Grundlagen

Es existieren zahlreiche völkerrechtliche Übereinkommen mit Bezug zu Immaterialgüterrechten, die bereits Ende des 19. Jahrhunderts abgeschlossen wurden. Sie basieren auf der Furcht der jeweiligen Regierung, dass andere Staaten aufgrund eigener merkantilistischer Interessen ausländische Autoren und Erfinder diskriminieren könnten, und etablieren vor diesem Hintergrund internationale Mindeststandards.² Zu den wichtigsten Übereinkommen zählen die Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums (PVÜ) vom 20. März 1883³ sowie die Revidierte Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst (RBÜ) vom 9. September 1886,⁴ welche beide zur Gründung internationaler Organisationen führten.⁵ Das

¹ Götting, GRUR 2006, 353.

² Siehe nur CLIP-Commentary-*Basedow* 3:102.C04. Siehe zum Grundsatz der Inländerbehandlung und seinen (potentiellen) kollisionsrechtlichen Folgen unten S. 28 f. und S. 34 ff.

³ In der Fassung vom 14.07.1967, BGBl. II 1970, S. 293 ff., zuletzt geändert durch Beschluss vom 02.10.1979, in Kraft seit 03.06.1984, BGBl. II 1984, S. 7912; im Folgenden zitiert als „PVÜ“.

Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS) vom 14. April 1994,⁶ ein Annex zum WTO-Abkommen, verpflichtet seine Mitglieder in Art. 2 Abs. 1 und Art. 9 Abs. 1 darüber hinaus zur Einhaltung der jeweils aktuellsten Fassung der RBÜ und PVÜ (sogenannter Bern-Plus-Effekt/Paris-Plus-Effekt).⁷ Von Bedeutung sind weiterhin Nebenabkommen zur RBÜ und zur PVÜ, wie etwa das Welturheberrechtsübereinkommen vom 6. September 1952⁸ oder das Madrider Abkommen vom 14. April 1891 über die internationale Registrierung von Fabrik- oder Handelsmarken⁹ sowie das Protokoll zum Madrider Markenabkommen über die internationale Registrierung von Marken vom 27. Juni 1989¹⁰. Die genannten Übereinkommen werden von der 1967 gegründeten Weltorganisation für Geistiges Eigentum mit Sitz in Genf verwaltet,¹¹ die seit 1974 als offizielle Teilorganisation der Vereinten Nationen anerkannt ist¹² und das Übereinkommenssystem im Rahmen ihrer Aufgaben weiter ausbaut.¹³

Insbesondere die älteren Übereinkommen haben international weite Anerkennung gefunden. Der PVÜ gehören insgesamt 174 Vertragsparteien an, der RBÜ 166 Vertragsparteien, darunter neben Deutschland jeweils auch die Schweiz und die USA.¹⁴ Der WTO und damit auch dem TRIPS-Übereinkommen gehören 158 Mitgliedstaaten an.¹⁵ Die sachlichen Anwendungsbereiche der Übereinkommen machen deutlich, für welche immateriellen Rechtspositionen sie Geltung beanspruchen: So bezieht sich die PVÜ auf das „gewerbliche Eigentum“, von dem sie insbesondere

⁴ In der Pariser Fassung von 1971, BGBl. II 1973, S. 1071 ff., geändert durch Beschluss vom 02.10.1979, BGBl. II 1985, S. 81; im Folgenden zitiert als „RBÜ“.

⁵ Vgl. zur übergeordneten Bedeutung beider Konventionen nur MünchKommBGB-Drex/ IntImmGR Rn. 30.

⁶ Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights, BGBl. II 1994, S. 1730; ABl. EG 1994 Nr. L 336 vom 23.12.1994, S. 1 f.; im Folgenden zitiert als „TRIPS“.

⁷ MünchKommBGB-Drex/ IntImmGR Rn. 31 f. m.w.N.

⁸ BGBl. II 1973, S. 1111 ff.

⁹ In der Fassung vom 14.07.1967, BGBl. II 1973, S. 400.

¹⁰ Gesetz vom 07.12.1995, BGBl. II 1995, S. 1016; zuletzt geändert am 12.11.2007.

¹¹ Übereinkommen zur Errichtung der Weltorganisation für Geistiges Eigentum, unterzeichnet in Stockholm am 14.07.1967, für Deutschland in Kraft getreten am 19.09.1970, BGBl. II S. 293; zur Verwaltung der Übereinkommen siehe insbesondere Art. 4 ii).

¹² Agreement between the United Nations and the World Intellectual Property Organization (WIPO), in Kraft getreten am 17.12.1974, abrufbar unter <<http://www.wipo.int/treaties/en/agreement/index.html>>.

¹³ Siehe hierzu MünchKommBGB-Drex/ IntImmGR Rn. 30.

¹⁴ Die RBÜ ist in den USA seit dem 01.03.1989 in Kraft, in der Schweiz seit dem 05.12.1887, vgl. Gesamtübersicht der Vertragsparteien unter <http://www.wipo.int/treaties/en/ShowResults.jsp?lang=en&treaty_id=15>. Die PVÜ bindet die USA seit dem 30.05.1887, die Schweiz seit dem 07.07.1884 an, vgl. Gesamtübersicht der Vertragsparteien <http://www.wipo.int/treaties/en/ShowResults.jsp?lang=en&treaty_id=2>.

¹⁵ Siehe <http://www.wto.org/english/thewto_e/whatis_e/tif_e/org6_e>.

„Erfindungspatente, die Gebrauchsmuster, die gewerblichen Muster oder Modelle, die Fabrik- oder Handelsmarken, die Dienstleistungsmarken, den Handelsnamen und die Herkunftsangaben oder Ursprungsbezeichnungen sowie die Unterdrückung des unlauteren Wettbewerbs“

umfasst wissen will.¹⁶ Die Übereinkunft selbst macht klar, dass der Anwendungsbereich möglichst weit ausgelegt werden soll.¹⁷ Die RBÜ dient dem Schutz der „Rechte der Urheber an ihren Werken der Literatur und Kunst“¹⁸ und erfasst sachlich ebenfalls ein weites Spektrum an Schutzgegenständen, unabhängig von Art und Form des Ausdrucks,¹⁹ wobei einige Bereiche der Ausgestaltung durch die Gesetzgeber der Verbandsländer vorbehalten bleiben.²⁰ Bei beiden Anwendungsbereichen handelt es sich jeweils ausdrücklich um nicht abschließende Aufzählungen, so dass die Verbandsstaaten frei sind, inhaltlich über die internationalen Mindestvorgaben hinauszugehen.²¹ Gleiches gilt für die Standards des TRIPS-Übereinkommens.²² Aus der Existenz zweier unterschiedlicher Übereinkommen für „Rechte von Urhebern an Werken der Literatur und Kunst“ auf der einen und „gewerbliches Eigentum“ auf der anderen Seite ergibt sich bereits auf internationaler Ebene eine dogmatische Differenzierung, die sich auf sachrechtlicher Ebene fortsetzt.

¹⁶ Art. 1 Abs. 1, 2 PVÜ.

¹⁷ Art. 1 Abs. 3 PVÜ: „Das gewerbliche Eigentum wird in der weitesten Bedeutung verstanden und bezieht sich nicht allein auf Gewerbe und Handel im eigentlichen Sinn des Wortes, sondern ebenso auf das Gebiet der Landwirtschaft und der Gewinnung der Bodenschätze und auf alle Fabrikate oder Naturerzeugnisse, zum Beispiel Wein, Getreide, Tabakblätter, Früchte, Vieh, Mineralien, Mineralwässer, Bier, Blumen, Mehl.“

¹⁸ Präambel der RBÜ, S. 1.

¹⁹ Art. 2 Abs. 1 RBÜ: „Die Bezeichnung ‚Werke der Literatur und Kunst‘ umfaßt alle Erzeugnisse auf dem Gebiet der Literatur, Wissenschaft und Kunst, ohne Rücksicht auf die Art und Form des Ausdrucks, wie: Bücher, Broschüren und andere Schriftwerke; Vorträge, Ansprachen, Predigten und andere Werke gleicher Art; dramatische oder dramatisch-musikalische Werke; choreographische Werke und Pantomimen; musikalische Kompositionen mit oder ohne Text, Filmwerke einschließlich der Werke, die durch ein ähnliches Verfahren wie Filmwerke hervorgebracht sind; Werke der zeichnenden Kunst, der Malerei, der Baukunst, der Bildhauerei, Stiche und Lithographien; fotografische Werke, denen Werke gleichgestellt sind, die durch ein der Photographie ähnliches Verfahren hervorgebracht sind; Werke der angewandten Kunst; Illustrationen, geographische Karten; Pläne, Skizzen und Darstellungen plastischer Art auf den Gebieten der Geographie, Topographie, Architektur oder Wissenschaft.“

²⁰ Art. 2 Abs. 2, 3, 4 RBÜ.

²¹ Siehe für die RBÜ *Abbot/Cotter/Gurry*, S. 500; *Nordemann/Vinck/Hertin*, Art. 2/2^{bis} Rn. 2; zur PVÜ etwa *Ilardi/Blakeney*, S. 191.

²² Art. 1 Abs. 1 S. 2 TRIPS: „Die Mitglieder dürfen in ihr Recht einen umfassenderen Schutz als den durch dieses Übereinkommen geforderten aufnehmen, vorausgesetzt, dieser Schutz läuft diesem Übereinkommen nicht zuwider, sie sind dazu aber nicht verpflichtet.“

II. Sachrechtliche Definitionen

I. Begriffsbestimmung in Deutschland

In Deutschland herrscht schon keine Einigkeit über einen gemeinsamen Oberbegriff für nicht körperliche, gegenüber jedermann wirkende Rechtspositionen wie das Urheberrecht oder gewerbliche Schutzrechte.²³ Das Urheberrecht schützt persönliche geistige Schöpfungen auf dem Gebiet der Literatur, Wissenschaft und Kunst.²⁴ Der gewerbliche Rechtsschutz gliedert sich in das Patentrecht, welches neue technische Erfindungen schützt,²⁵ sowie das Markenrecht, welches neben Marken für Waren und Dienstleistungen auch Kennzeichen für geschäftliche Bezeichnungen und geographische Herkunftsangaben unter Schutz stellt.²⁶ Ferner fallen auch Designs zum Schutz ästhetischer Gestaltungsformen,²⁷ Gebrauchsmuster zu technischen Erfindungen mit geringerer Erfindungshöhe²⁸ sowie der Sortenschutz für Pflanzenerzeugnisse²⁹ und der Topographenschutz für mikroelektronische Halbleitererzeugnisse³⁰ unter den Begriff.³¹

Da sich die Bezeichnung „Urheberrecht und gewerbliche Schutzrechte“ als präzise, aber sperrig erweist, besteht das Bedürfnis, einen gemeinsamen Oberbegriff für beide benannten Schutzrechtsgruppen zu finden.³² Bei der Auswahl eines solchen Begriffes stehen sich im deutschen Sachrecht zwei Lager gegenüber, die Anhänger des „geistigen Eigentums“³³ und die Befürworter des „Immaterialgüterrechts“³⁴.

Der Terminus „geistiges Eigentum“ geht auf die Naturrechtsdoktrin der französischen Aufklärung zurück und gründet insbesondere in der Aufle-

²³ So heißt die wichtigste Fachvereinigung etwa „Deutsche Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht“ (GRUR) und auch überblickartige Darstellungen gliedern bereits ihren Titel in beide benannten Bereiche auf, siehe nur *Eisenmann/Jautz*, Grundriss Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (2007).

²⁴ §§ 1, 2 UrhG.

²⁵ § 1 PatG.

²⁶ § 1 MarkenG.

²⁷ §§ 1 f. DesignG, vgl. *Götting*, GRUR 2006, 353. Mit Wirkung zum 01.01.2014 wurde das bisherige GeschmG in DesignG umbenannt.

²⁸ § 1 GebrMG, siehe hierzu auch *Eisenmann/Jautz*, S. 70 f., die auch vom Schutz von „Alltagserfindungen“ sprechen.

²⁹ § 1 SortenSchG.

³⁰ § 1 HalbLSchG.

³¹ Für einen Gesamtüberblick über die gewerblichen Schutzrechte siehe *Götting*, S. 5–7.

³² Siehe nur *Ohly*, JZ 2003, 545.

³³ *Götting*, GRUR 2006, 353; *derselbe*, S. 1; *Ohly*, JZ 2003, 545.

³⁴ Siehe zur Entwicklung des Begriffes „Immaterialgüterrecht“ *Kohler*, AcP 82 (1894), 141, 157 ff. Für dessen Benutzung im Sachrecht *Rehbinder* (12. Auflage), Rn. 79. Kritisch hinsichtlich einer Anwendung des Begriffes im Kollisionsrecht *K. Kreuzer*, in: Reichelt/Rechberger (Hrsg.), Europäisches Kollisionsrecht, S. 13, 42.

nung gegen das durch herrschaftliche Privilegien an Drucker oder Verleger verliehene Recht zum Buchnachdruck.³⁵ Im Sinne der Arbeitstheorie nach *Locke*, nach der jedermann Eigentum an der Arbeit seines Körpers und seiner Hände habe,³⁶ wird durch den Nachdruck eines Werkes nicht nur das Recht des Originaldruckers, sondern auch das natürliche und unveräußerliche Eigentumsrecht des Verfassers verletzt.³⁷ Dieser Tradition folgend stellte der BGH 1955 fest, es sei „allseitig anerkannt, dass die Nutzungsrechte des Urhebers nur die Ausstrahlungen seines durch den Schöpfungsakt begründeten geistigen Eigentums sind“.³⁸ Auch der deutsche Gesetzgeber griff 1990 mit seinem „Gesetz zur Stärkung des Schutzes des geistigen Eigentums und zur Bekämpfung der Produktpiraterie“³⁹ den Oberbegriff auf. Schließlich findet der Terminus auch in anderen Jurisdiktionen wie der Schweiz,⁴⁰ Frankreich⁴¹ und den USA⁴² sowie auf internationaler Ebene⁴³ Anwendung.

Kritiker führen an, der Begriff „geistiges Eigentum“ verwische die Grenzen zum auf materielle Sachen begrenzten Eigentumsbegriff der §§ 903 ff. BGB. Zudem berücksichtige er nicht hinreichend, dass insbesondere das Urheberrecht auch persönlichkeitsrechtliche Komponenten aufweise, und betone aufgrund seiner naturrechtlichen Herkunft die Stärkung der Rechte des

³⁵ Dabei war bereits umstritten, ob sich die Privilegienerteilung auf ein vorbestehendes Recht des Autors stützt, siehe dazu umfassend monographisch *Jähnich*, S. 23–33; *Götting*, GRUR 2006, 353, 354.

³⁶ „This nobody has any right but himself. The ‘labour’ of his body and the ‘work’ of his hands, we may say, are properly his“, *Locke*, Second Treatise, Chapter 5 (London, 1698), S. 134 der Neuauflage, herausgegeben von Thomas I. Cook, New York (1947).

³⁷ *Dölemeyer/Klippel*, FS 100 Jahre GRUR, 185, 199 nach *Fichte*, zitiert auch von *Götting*, GRUR 2006, 353, 354. Mit einer intensiven Auseinandersetzung der naturrechtlichen Elemente in der *Intellectual Property*-Dogmatik *Gordon*, 102 Yale L. J. (1993), 1533, 1540–1581; *Goldhamer*, S. 182–210.

³⁸ BGH, Urteil vom 18.05.1955, BGHZ 17, 266, 278 f. – *Magnettonband*; *Rehbinder* wiederum hält dies für ein „klassisches Zeugnis“ der „rechtstheoretischen Verirrung aus der Zeit der naturrechtlichen Phase des BGH“, *Rehbinder* (12. Auflage), Rn. 79.

³⁹ BGBl. I 1990, S. 422.

⁴⁰ Siehe im Anschluss S. 12.

⁴¹ In Frankreich ist eine Vielzahl von Schutzrechten im „Code de la propriété intellectuelle“ kodifiziert, loi n° 92–597 vom 01.07.1992 relative au code de la propriété intellectuelle, veröffentlicht im Journal officiel vom 03.07.1992, zuletzt novelliert zum 01.01.2013, abrufbar unter <<http://www.legifrance.gouv.fr/affichCode.do?cidTexte=LEGI TEXT000006069414>>.

⁴² Siehe im Anschluss S. 13.

⁴³ So etwa im Titel der „Weltorganisation für Geistiges Eigentum“ (WIPO), Übereinkommen zur Errichtung der Weltorganisation für Geistiges Eigentum, unterzeichnet in Stockholm am 14.07.1967, für Deutschland in Kraft getreten am 19.09.1970, BGBl. II, S. 293.

Einzelnen zulasten des Allgemeininteresses.⁴⁴ Man habe insofern den Terminus „geistiges Eigentum“, der zwar unjuristischen Laien entgegenkomme, aber auch im Ausland allein aus Traditionalismus beibehalten werde, zu Unrecht aus der „Mottenkiste der Rechtsgeschichte“ hervorgeholt.⁴⁵

Da es sich lediglich um einen teilweise rechtsphilosophisch begründeten Streit um einen sachrechtlichen Oberbegriff handelt, über dessen Spektrum letztlich Konsens besteht, soll hier keine Stellungnahme zugunsten des einen oder des anderen Terminus erfolgen. Insbesondere ist im Sachrecht auch eine parallele Verwendung beider Begrifflichkeiten möglich.⁴⁶ So liegt es nahe, mit *Troller* den Begriff des geistigen Eigentums im Zusammenhang mit der dogmatischen Orientierung oder den rechtspolitischen Leitideen zu verwenden und auf den Terminus „Immaterialgüterrechte“ zurückzugreifen, „um die Beziehungen der Personen zu unkörperlichen Sachen zu umfassen und sie von den anderen Rechtsverhältnissen zu sondern.“⁴⁷ Wie der folgende Blick in das Sachrecht anderer Jurisdiktionen sowie auf die hier interessierende Begriffsbildung im (europäischen) Kollisionsrecht zeigen wird, handelt es sich bei dem Begriff „Immaterialgüterrecht“ um eine Besonderheit deutschsprachiger Rechtsterminologie.⁴⁸ Auch vor dem Hintergrund, dass sich das Wort nur schwerlich ins Englische übersetzen lässt,⁴⁹ ist nicht davon auszugehen, dass die internationale (kollisionsrechtliche) Begriffsbildung den deutschen Begriff übernehmen und auf die Verwendung des Terminus „geistiges Eigentum“ verzichten wird.⁵⁰

2. Verständnis des „geistigen Eigentums“ in der Schweiz

In der Schweiz existiert kein vergleichbarer Streit über einen Oberbegriff für immaterielle Ausschließlichkeitsrechte. Dies zeigt allein die Existenz des Eidgenössischen Instituts für geistiges Eigentum, welches die Funktion eines

⁴⁴ *Rehbinder* (12. Auflage), Rn. 79. *Beier*, GRUR Int. 1990, 675, 677 kritisiert den Begriff als „unsauber“, hält ihn jedoch für rechtspolitisch „griffig“. Mit einem Überblick zur Kritik *Ohly*, JZ 2003, 545, 546 ff.

⁴⁵ *Rehbinder* (12. Auflage), Rn. 79.

⁴⁶ *Götting*, S. 2; *Troller*, ImmGR I, S. 104; zur Möglichkeit der parallelen Verwendung beider Begriffe auf kollisionsrechtlicher Ebene siehe unten S. 27.

⁴⁷ *Troller*, ImmGR I, S. 104.

⁴⁸ Siehe zur Bedeutung des Begriffs „Immaterialgüterrechte“ in der deutschen Version des schweizerischen Kollisionsrecht unten S. 25.

⁴⁹ *Ohly*, JZ 2003, 545, 554. Aus diesem Grunde nennt das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb seine entsprechende Abteilung auf Deutsch „Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht“, auf Englisch jedoch „Intellectual Property and Competition Law“, siehe <<http://www.ip.mpg.de/de/forschung/immaterialgueter-und-wettbewerbsrecht.html>> respektive <<http://www.ip.mpg.de/en/research/intellectual-property-and-competition-law.html>>. Auch hier findet letztlich eine parallele Anwendung beider Begrifflichkeiten statt.

⁵⁰ Vgl. *Götting*, GRUR 2006, 353, 358.